

Bergsträßer Anzeiger vom 15.04.2016

Magistrat wird größer – und ein neuer Ausschuss kommt

Von unserem Redaktionsmitglied Nina Schmelzing



Koalitionen soll es in Lorsch auch künftig nicht geben - auf verschiedene Vereinbarungen einigten sich die Fraktionen aber gestern im Vorfeld der konstituierenden Sitzung. Unser Bild zeigt v.l. Christian Walter (PWL), Dr. Klaus Wolff (FDP), Alexander Löffelholz (CDU), Günter Jakob (Grüne) und Dirk Sander (SPD).

Lorsch. Die kommunalpolitische Pause nach der Wahl geht zu Ende. Die neue Stadtverordnetenversammlung wird sich am Dienstag (19.) konstituieren. Die Sitzung ist für 20 Uhr terminiert, getagt wird im Schnitzer-Saal. Und weil die Wähler im März für einige Veränderungen stimmten, sieht das Parlament künftig etwas anders aus als gewohnt.

Die Reihen der Christdemokraten und Grünen werden zum Beispiel etwas geschrumpft sein, die der Parteilosen Wählerschaft sowie der FDP dagegen sind stärker besetzt. Denn die ersten beiden Fraktionen haben je zwei Sitze verloren, die letztgenannten konnten dagegen je zwei Sitze gewinnen. Die Liberalen erhalten dadurch zudem den ersehnten Fraktionsstatus zurück.

Nur ehrenamtliche Stadträte

Während die Zahl der Mitglieder im Parlament insgesamt bei 37 bleibt, wird der künftige Magistrat personell aufgestockt, und zwar um zwei Sitze - von sieben auf neun. In dem Gremium, das unter Vorsitz von Bürgermeister Christian Schönung jede Woche in nicht-öffentlicher Sitzung zusammenkommt, werden von nun an alle im Parlament mitwirkenden Fraktionen vertreten sein - erstmals auch die FDP.

Ein Wahlvorschlag wurde vom Quintett der Fraktionsvorsitzenden jetzt aufgestellt. Als ehrenamtliche Stadträte wird die CDU demnach weiter drei Personen in den Magistrat entsenden, und zwar Klaus Schwab, Peter Helwig und Klaus Eberle. SPD und PwL schicken mit Hans-Jürgen Sander und Margret Böhne-Schnell sowie Frank Löffelholz und Lilo Gremm je zwei Vertreter, Grüne und FDP werden mit Dieter Angermann und Birgit Grüner mit je einem Mitglied vertreten sein.

Die Vergrößerung sei zum einen ein Gebot der Fairness, zum anderen werde so "der Wählerwille besser abgebildet", sind sich die Fraktionsvertreter einig. Man wolle "nicht um Posten schachern" oder unbedingt Ämter ergattern, sondern vernünftig zum Wohle Lorsch arbeiten. Im Laufe der politischen Arbeit werde man trotzdem nicht immer einer Meinung sein: "Wir werden uns sicher noch fetzen", hieß es gestern.

Vieles soll nach dem Willen der Kommunalpolitiker in den nächsten fünf Jahren bleiben, wie gehabt. Weiterhin soll der Stadtverordnetenversammlung etwa ein CDU-Mitglied vorstehen.

CDU bleibt an der Spitze

Es ist davon auszugehen, dass das Amt in weiblicher Hand bleibt. Christiane Ludwig-Paul (CDU), die seit 2011 als erste Frau das Lorsch Parlament führt, ist nominiert und soll ihre Arbeit fortsetzen können. Trotz Stimmenverlusten ist die CDU schließlich die stärkste politische Kraft in Lorsch. Auch das Amt des Ersten Stadtrats soll deshalb in der Verantwortung der Christdemokraten verbleiben. Derzeit ist Ludwig-Pauls Parteifreund Klaus Schwab als ehrenamtlicher Stellvertreter des Bürgermeisters tätig. Er wird von der CDU erneut ins Rennen geschickt.

Die Fachausschüsse, in denen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vorbereitet werden, konstituieren sich erst Ende April. Neu ist, dass es ein Gremium mehr geben soll, als bislang gewohnt. Neben dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Bau- und Umweltausschuss soll künftig auch ein Kultur- und Sozialausschuss regelmäßig beraten. Der nur auf dem Papier bestehende Prüfungsausschuss - er tagte fast nie - wird abgeschafft.

Jedem der drei Ausschüsse sollen jeweils neun Mitglieder angehören, heißt es im gemeinsamen Antrag der fünf im Parlament vertretenen Fraktionen für die Sitzung am kommenden Dienstag, mit dem die Hauptsatzung geändert werden soll.

Den Vorsitz im neuen Kulturausschuss soll ein Mitglied der Parteilosen Wählerschaft erhalten. Den Vorsitz im Finanzausschuss sollen die Sozialdemokraten behalten, auch die Leitung des Bauausschusses soll unverändert bleiben - bei den Christdemokraten.

An Themen wird es den Parlamentariern auch in der neuen Legislaturperiode bis 2021 nicht mangeln. Beschäftigen wird sie etwa die Erweiterung der Sporthalle im Ehlried zu einer Mehrfeldhalle, der Bau eines neuen Jugendzentrums, eine eventuelle Änderung der viel diskutierten Straßenbeitragssatzung, die Sanierung oder der Neubau der Nibelungenhalle, der Parkplatz-Ost und natürlich weiterhin auch die geplante Bahntrasse zwischen Frankfurt und Mannheim.

© Bergsträßer Anzeiger, Freitag, 15.04.2016